



## **Entschließung der Konferenz**

Angenommen von der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Gesetzgeber der Ostseeanrainerstaaten\*, die sich in St. Petersburg (Russische Föderation) vom 26. bis 28. August 2012 versammelt haben,

in Erörterung der Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltgesundheit und Energie", "Eine gesunde und sichere Ostsee" und "Gesundheit, Soziales und wirtschaftliche Entwicklung",

A. unter Hervorhebung der Tatsache, dass die parlamentarische Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu demokratischen, transparenten und inklusiven Prozessen sowie zu praktischen und positiven Resultaten im täglichen Leben der Menschen beiträgt;

B. in Würdigung der engen, pragmatischen und produktiven Interaktion zwischen dem Ostseerat (CBSS) und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der weitgehenden Synchronisierung der politischen Prioritäten und des fortwährenden Austauschs auf allen Ebenen;

C. in Würdigung der Durchführung der ersten Jugendparlamentssitzung mit dem Titel "Baltic Sea Youth Session" im April 2012 in Berlin, die im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft stattfand; die nachfolgenden Ostseeratspräsidentschaften auffordernd, die Organisation dieser "Baltic Sea Youth Sessions" fortzuführen und gemeinsam mit dem Ostseerat die Teilnahme von fünf Delegierten dieses Jugendparlaments bei den jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenzen zu garantieren, um junge Menschen in die parlamentarischen Debatten über die Zukunft der Ostseeregion zu integrieren,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU sowie weitere Organisationen, die Zivilgesellschaft, den privatwirtschaftlichen Sektor, die Gemeinschaften und nichtstaatliche Organisationen auf,

### **im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion**

1. die Interaktion und Zusammenarbeit bei der Umsetzung der "Sozioökonomischen Entwicklungsstrategie für Nordwestrussland" der Russischen Föderation und weitere allgemeine politische Maßnahmen in der Ostseeregion, z.B. die EU-Ostseestrategie und die Nördliche Dimension, zu fördern;

2. die Politik der Nördlichen Dimension und ihre weitere Diversifizierung in neue operative Bereiche laufend zu unterstützen, um alle Akteure in der Region gleichberechtigt einzubeziehen und wo dies geboten erscheint den Zugang zu EU-Projekten für alle relevanten Akteure zu gewährleisten;

3. dem Ostseerat stabile und langfristige Ressourcen zur Verfügung zu stellen und den laufenden Dialog mit der Ostseeparlamentarierkonferenz über politische Prioritäten und operative Aktivitäten weiterhin zu unterstützen;

4. rechtzeitig ausreichende Ressourcen für die vollständige Umsetzung des Projekts "SEBA" (Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum), dessen Ziel die Verbesserung der Zusammenarbeit in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung, Tourismus, Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor und Jugend ist, bereitzustellen;
5. eine bewusste Arbeitsteilung zwischen den Akteuren in der Region zu fördern, um ihre komparativen Vorteile zu stärken, Prioritäten zu synchronisieren und gegenseitigen Kompetenzen zu ergänzen; Kooperationsinitiativen wie das "Maritime Joint Event" in den Jahren 2011 und 2012 sollten als Vorbild für weitere Themenbereiche unterstützt werden;
6. Toleranz, gegenseitige Achtung und Meinungsfreiheit zu fördern und die Menschenrechte in der gesamten Ostseeregion und in ihrer Nachbarschaft zu stärken;
7. die Bemühungen um die schrittweise Beseitigung von Hindernissen für die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Region entsprechend den Ergebnissen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen eines Visumsdialogs und allmählichen Auslaufens des Visaregimes zwischen der EU und Russland fortzusetzen und so schnell und umfassend wie möglich Visaerleichterungen für Wissenschaftler, Studierende, Forscher, Sportler, Auszubildende und Jugendliche zu fördern;

#### **im Hinblick auf die Umweltgesundheit, Zusammenarbeit in Energiefragen und energieeffiziente Wirtschaft**

8. das Espoo-Übereinkommen (Übereinkommen der EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben;
9. das Ballastwasserübereinkommen (Internationales Übereinkommen zur Überwachung und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen von 2004) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben
10. alle von den Regierungen der Ostseeregion im Jahr 2007 in Krakau angenommenen Verpflichtungen nach dem HELCOM-Ostseeaktionsplan, mit denen der gute ökologische Status der Ostsee bis 2021 wiederhergestellt werden soll, vollständig umzusetzen, die Zielsetzungen für das HELCOM-Ministertreffen im Herbst 2013 bezüglich der Reduzierung der in die Ostsee abgelassenen Phosphor- und Nitratmengen zu erweitern und sich aktiv für die Koordinierung der Aktivitäten mit der Oslo-Paris-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR) im Hinblick auf die Förderung von Initiativen zur Verminderung der Schiffsabfallmenge in den Ostseeregionen sowie im Nordwestatlantik und im Ärmelkanal einzusetzen;
11. im Rahmen der Verbesserung der Gesundheit und Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee Maßnahmen durchzuführen, um die Quellen der Verschmutzung durch Abwässer im Wassereinzugsgebiet der Ostsee zu beseitigen, z.B. durch die Modernisierung von Klärsystemen und kommunalen Abwasseranlagen;
12. zur Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien bei der Verarbeitung tierischer Abfälle und bei der Geflügelzucht beizutragen;
13. die Verminderung des Zustroms biogener Stoffe in die Ostsee durch Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien für den Umgang mit Abfällen aus der Viehzucht einschließlich der Geflügelzucht und den allmählichen Rückgang der Nutzung von Polyphosphaten in synthetischen Wasch- und Reinigungsmitteln zu fördern;

14. die bessere Gesundheit und die Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee durch Verbesserung von Recyclingverfahren, Schaffung neuer Deponien für kommunale und industrielle Abfälle mit konsequenter Beanspruchung von Land und Beseitigung der Lagerung veralteter Pestizide zu fördern;
15. die Arbeit im Rahmen des trilateralen Projekts "Jahr des Finnischen Meerbusens" zu begrüßen, deren Ziel die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgesundheit der Ostsee vor allem durch Forschungs- und Umweltschutzmaßnahmen ist, die den besseren ökologischen Status des Ökosystems Ostsee fördern;
16. nachhaltige Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung des grünen Wachstums, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien zu treffen und an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepasste verbindliche Energieeffizienzziele zu verabschieden;
17. sich innerhalb der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) aktiv für die Verbesserung der zu einem früheren Zeitpunkt angenommenen technischen Anforderungen in Bezug auf die Energieeffizienz neuer Seeschiffe und die Entwicklung weltweit verbindlicher technischer bzw. betrieblicher Regeln einzusetzen, um die Menge der von den vorhandenen Schiffen ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern;
18. die energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum (BASREC) zu unterstützen und die während der BASREC-Ministertagung am 14. und 15. Mai 2012 vereinbarten Verpflichtungen für 2012 bis 2015 umzusetzen, um nachhaltige Energiesysteme in der Region zu entwickeln und die Energiemärkte und die Energieinfrastruktur zu integrieren;
19. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch die Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu vermindern;
20. Bildung, Forschung und Entwicklung zu grünem Wachstum und Energieeffizienz zu fördern und Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, zum Austausch bewährter Verfahren und zur Aufklärung über die ökologischen und ökonomischen Vorteile und Möglichkeiten der Energieeinsparung zu treffen;
21. die Aktivitäten der Expertengruppe des Ostseerates für nachhaltige Entwicklung "Baltic 21" zu unterstützen, deren Schwerpunkt auf folgenden vier strategischen Bereichen liegt: Klimawandel, nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion, Innovation und Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung;
22. politische Anreize und innovative Finanzprogramme zu schaffen, um Pilotprojekte und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen auf den Weg zu bringen;
23. das grüne öffentliche Beschaffungswesen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung zu fördern und dafür zu sorgen, dass die Standards des grünen öffentlichen Beschaffungswesens gleiche Ausgangsbedingungen für Unternehmen schaffen und nicht zu Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittelständische Unternehmen führen;

#### **im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik**

24. Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und die Weitergabe bewährter Verfahren zwischen den Meeresbehörden auszubauen, um den wachsenden Schiffsverkehr in der Ostsee zu bewältigen;

25. Informationstechnologien und elektronische Navigationstechnologien zur Meeresüberwachung in Echtzeit zu entwickeln, um das Schiffsverkehrsmanagement zu verbessern und gemeinsam gegen Havarien gewappnet zu sein;
26. die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Ostseeregion mithilfe geeigneter und gezielter Anreize zu stärken;
27. Forschung und Innovation zu fördern, um Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit im Seeverkehr, Energieeffizienz, Reduzierung von Emissionen, alternative Antriebstechnologien und erneuerbare Energien zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion im globalen Wettbewerb zu stärken;
28. weitere Maßnahmen mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen makroregionalen Präventions- und Bereitschaftsansatzes gegenüber Katastrophen und Notfällen auf See und an Land durchzuführen und im Hinblick auf die Bekämpfung von Ölleckagen unter Eisbedingungen sowie schlechten Witterungs- und Sichtbedingungen entsprechende Forschungsprojekte zu unterstützen und Technologien zu entwickeln;
29. die Zusammenarbeit mit Seeschiffahrtsunternehmen zu stärken, um das Risiko von Havarien und Grundberührungen weiter zu vermeiden und zu minimieren;
30. die Umsetzung des Drei-Parteien-Projekts "The Gulf of Finland Year 2014" ("Jahr des Finnischen Meerbusens") zu unterstützen, mit dem die gemeinsamen Forschungs- und Schutzbemühungen Finnlands, Estlands und Russlands konsolidiert werden sollen, um die maritimen Ökosysteme der Ostsee zu stärken;
31. den Aufbau eines stärker integrierten Wissensnetzwerks über maritime Fragen (Umwelt, Fischerei, Raumplanung, Schifffahrt usw.) zu unterstützen;
32. die handwerkliche Fischereiwirtschaft zu fördern und die Möglichkeiten für Investitionen in ökologische Formen des maritimen Tourismus zu verbessern;
33. gemeinsame Ziele der maritimen Raumordnungspolitik (unter Einbeziehung der Leitlinien der VASAB (*Visions and Strategies around the Baltic*)) zu erarbeiten;
34. die Entwicklung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Ostseeregion zu unterstützen, um die grenzüberschreitende Kriminalität und Sicherheitsbedrohungen auf See zu bekämpfen;

### **im Hinblick auf die Bereiche Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung**

35. das Profil der Bereiche Gesundheit und Soziales auf der regionalen Kooperationsagenda zu schärfen und die Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Soziales zu unterstützen, um die fortlaufenden Maßnahmen zur Stärkung der Bereiche Gesundheit und Soziales weiterzuverfolgen und dabei die Alterung der Gesellschaft, die großen Belastungen durch nicht meldepflichtige Krankheiten und die Antibiotikaresistenzen zu berücksichtigen;
36. die Ressourcen der älteren Bevölkerung zu berücksichtigen, ihnen den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und ihre Fähigkeiten generell zu nutzen;
37. eine mittel- bis langfristige Strategie zu entwickeln und diese mit wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterfüttern und dafür zu sorgen,

dass die vorhandenen Programme, die dieses Ziel verfolgen, besser aufeinander abgestimmt werden; Ziel sollte es sein, allen jungen Menschen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen oder eine Mischung aus Beschäftigung und Berufsausbildung nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit anzubieten. Das Arbeitsleben darf nicht mit einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit beginnen;

38. eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen vor Ort zu fördern, um Initiativen für die Unterstützung des Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben für junge Menschen zu entwickeln;

39. Maßnahmen zur Förderung von Bildung und Berufsausbildung, zur Entwicklung von Fähigkeiten und zum lebenslangen Lernen weiterzuentwickeln, um den Bedarf an Fachkräften zu decken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, und in diesem Zusammenhang die Nutzung des Konzepts der dualen Ausbildung zu intensivieren und Initiativen auf den Weg zu bringen, um die Chancen für unqualifizierte und arbeitslose junge Menschen, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, zu verbessern;

40. sich für die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen in den Ländern der Ostseeregion einzusetzen und die Qualität der Berufsausbildung in der Region auf der Grundlage bewährter Verfahren, entsprechender Forschungsergebnisse und des zukünftigen Bedarfs der Gesellschaft zu entwickeln;

41. soweit wie möglich Hindernisse zu beseitigen, die der Mobilität von Arbeitnehmern und Unternehmen entgegenstehen, und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen und den vorhandenen grenzüberschreitenden Informationszentren aktiv zu unterstützen;

42. das "Baltic Sea Labour Forum" (BSLF) als Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den wichtigsten Akteuren auf den Arbeitsmärkten in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und unter anderem auch das BSLF bei der Förderung des sozialen Dialogs, der Drei-Parteien-Strukturen und der Zusammenarbeit als entscheidende Bestandteile des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen sozialen Entwicklung zu unterstützen;

43. die Zusammenarbeit bei Modernisierung und Innovation zu fördern und sich dabei auf das Wachstum von Schwerpunktbereichen und langfristig auf die Etablierung regionaler Partnerschaften insbesondere in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu konzentrieren;

44. mithilfe eines regionalen Direktinvestitionsfonds und aktiver Bildungsmaßnahmen ein Netzwerk für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Plattform für nachhaltiges Wachstum zu schaffen;

45. die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an Land und auf dem Meer zu unterstützen; dies schließt die Verbesserung der Mobilität und Zugänglichkeit durch andere Verkehrsmittel, die nicht mit dem motorisierten Individualverkehr in Zusammenhang stehen, und die strikte Regulierung der Nutzung von Schutzgebieten ein;

46. Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen und einen besseren Zugang zu lebenslangem Lernen auch für Ältere zu entwickeln;

47. Konzepte zu entwickeln, um besonders benachteiligten Gruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern;

48. Programme für Kommunen im Hinblick auf kommunale Strategien für den Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels zu unterstützen;
49. qualitative Kriterien als Indikatoren für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik zu entwickeln;
50. die Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderen Wissens über Art und Umfang neuer Formen des Menschenhandels, z.B. Menschenhandel zum Zweck des Bettelns, zum Zweck der Durchführung von Straftaten wie Diebstahl und Betrug und zum Zweck des Identitätsdiebstahls, zu fördern und die gesetzlichen und operativen Mittel zur Feststellung und Bekämpfung dieser Formen des Menschenhandels zu stärken;

**darüber hinaus beschließt die Konferenz,**

51. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Jahre 2012 und 2013 anzunehmen;
52. dem **Regionalrat von Skåne** den Beobachterstatus zu gewähren;
53. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Estland, die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu auszurichten, mit Dank anzunehmen.

\* Das Parlament der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, die Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation; die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.